

DAS POLITISCHE MANIFEST CHRISTLICH DEMOKRATISCHE WELTUNION / CHRISTLICH DEMOKRATISCHE INTERNATIONALE

Die Zukunft der Menschen und der Völker steht auf dem Spiel. Angesichts dieser Herausforderung kann der Mensch sich nicht der Notwendigkeit entziehen, seine Wahl zu treffen.

Wir Christlichen Demokraten haben unsere Wahl getroffen.

Wir sind überzeugt, daß unsere grundlegende Konzeption und unsere Wegweisung eine Alternative bieten, den Boden bereiten und Perspektiven öffnen für eine Welt mit mehr Gerechtigkeit, mehr Solidarität und mehr Menschlichkeit.

Angenommen vom Politischen Bureau der CDWU/CDI am
16. Juli 1976 in Rom

PRÄAMBEL	Seite
I. Einem neuen Zeitalter entgegen	36
II. Unsere grundsätzlichen Ideen	37
III. Auf dem Weg zu einer Gesellschaft der Partnerschaft	37
A. Demokratie und Gemeinschaft	
B. Die Kultur - eine Verpflichtung im Namen der Menschheit für die Freiheit	
C. Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen	
IV. Für eine echte Völkergemeinschaft	39
A. Friede und Solidarität	
B. Eine neue internationale Weltwirtschaftsordnung	
Unser Appell	41

Dieses Dokument ist das Ergebnis einer gemeinsamen Ausarbeitung der christlich-demokratischen Parteien der ganzen Welt. Sein Ziel ist die Darlegung der grossen ideologischen und politischen Richtlinien für eine Gesellschaft, die die Christliche Demokratie mit Modellen aufbauen will, die die nationalen Realitäten in Betracht ziehen. In diesem Text werden die gemeinsamen Prinzipien und eine Strategie zu deren Verwirklichung zum Ausdruck gebracht. Die konkrete historische Alternative, die man anstrebt, ist eine freie und gerechte, personalistische und partnerschaftliche Gesellschaft.

In einer logischen Folge bestätigt man : erstens, den Begriff der Person, zweitens die partnerschaftliche Gemeinschaft als Gemeinschaft von Personen, das heisst von freien Menschen, von menschlichen Personen, und schliesslich den Begriff der pluralistischen Gesellschaft : eine aus Gemeinschaften bestehende Gemeinschaft. Man setzt fort mit den wesentlichen Linien der Demokratie auf politischer, kultureller, sozialer, wirtschaftlicher und internationaler Ebene. Im zentralen Teil des Dokuments bezeugt man die Demokratie als Mittel und als Ziel ; der Kampf für die Auflösung der individualistischen, kollektivistischen und totalitären Ideologien wird wieder bestätigt, ein Kampf der Ideen und Philosophien, der auf der Grundlage der Überzeugung und somit der Ablehnung der Gewalt geführt wird. Man ist der Meinung, daß die Politik nicht nur die Kunst darstellt, das Notwendige und Angebrachte in Realität umzuwandeln, sondern daß sie auch ein ethisches Ziel hat, und zwar die Schaffung der Bedingungen zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Menschen. In diesem Sinne stellt die Politik eine Art Humanismus dar.

Zur Verwirklichung dieser menschlicheren Politik appellieren die Christlichen Demokraten an alle Menschen guten Willens und insbesondere an die Jugend, an alle spirituellen Kräfte, mit denen sie, über jeden Integralismus hinaus, für die Realisierung einer neuen internationalen Ordnung, einer wahren Gemeinschaft der Völker kämpfen und auf diese Weise das menschliche Zusammenleben auf der Erde annehmbarer und wünschenswerter gestalten wollen.

PRÄAMBEL

Als der Freiheit verpflichtete Volksparteien und Volksbewegungen betonen wir Christlichen Demokraten unseren Willen, uns in den Dienst der Völker der Welt zu stellen und insbesondere diejenigen zu unterstützen, die unter kultureller, politischer und wirtschaftlicher Unterdrückung leiden und sich autoritären und die Freiheit einschränkenden Regimen widersetzen.

Wir bieten eine originale Konzeption an, die auf ethischen, humanistischen und demokratischen Werten aufbaut — eine Konzeption, die geeignet ist, einerseits den kommunistischen Kollektivismus und andererseits den Kapitalismus ohne soziale Bindung zu überwinden, zwei Systeme, die wachsende Verfallerscheinungen zeigen.

In der Unterschiedlichkeit der politischen, kulturellen und historischen Situation ist unsere Konzeption des Personalismus und der Partnerschaft die Grundlage unserer politischen Aktion und eine Hoffnung für alle Menschen.

I. EINEM NEUEN ZEITALTER ENTGEGEN

1. Der Mensch sieht sich Gefahren ausgesetzt, wie noch nie zuvor in der Geschichte ; gleichzeitig jedoch, wie niemals zuvor, bieten sich ihm auch ungeahnte Chancen.

Auf der einen Seite bedrohen Umweltprobleme, nukleare Gefahren, vielfältige Formen der Unterdrückung. Mißbrauch von Macht, Armut und soziale Ungerechtigkeit die Menschheit.

Auf der anderen Seite erlaubt die wissenschaftliche, technologische und wirtschaftliche Entwicklung erstmalig, die Probleme in Angriff zu nehmen, die die Menschheit seit Jahrhunderten vergeblich zu lösen versucht.

Die Entwicklung der Welt erfordert es, für alle diese großen Probleme eine weltweite Lösung zu finden.

2. Die großen Fortschritte im Sinne der Freiheit, der Arbeitsbedingungen, der Entwicklung politischer Strukturen in gewissen Regionen der Welt konnten jedoch oftmals große Machtkonzentrationen nicht verhindern, die bewirken,

— daß der Mensch immer weniger Herr seines eigenen Schicksals ist,

— daß Macht mit Gewalt anstatt im Geiste der Gerechtigkeit ausgeübt wird

— und daß die Differenzen zwischen den Völkern und selbst innerhalb der Völker eher noch größer als kleiner werden.

3. Diese Situation ist zurückzuführen auf ungerechte politische, kulturelle, wirtschaftliche und soziale Strukturen.

Weil wir an die Würde des Menschen glauben, kämpfen wir für eine Änderung dieser Strukturen im Sinne von mehr Menschlichkeit und mehr Gerechtigkeit.

4. Verheißungsvolle Entwicklungen zeigen uns, daß wir am Beginn einer neuen Ära in der Geschichte der Menschheit stehen. Trotz der für solche Zeiten des Übergangs typischen Probleme und der bereits angedeuteten Gefahren stellen wir fest, daß im Bewußtsein des Menschen ein Wandel vor sich gegangen ist :

- der Mensch entdeckt einen neuen Sinn der Freiheit und der Verantwortung für sich selbst und seine Mitmenschen ;
- er erkennt die Notwendigkeit einer Solidarität, die die ganze Welt umfaßt ;
- er erkennt die Chance einer lebendigen Demokratie, die dem menschlichen Wesen angemessen ist.

Jedes Volk drängt in wachsendem Maße zur Verwirklichung seines tiefen Wunsches, sein eigenes Schicksal in Freiheit und Solidarität in seine Hand zunehmen.

Wir glauben, daß unser Kampf zur Verwirklichung einer pluralistischen Gesellschaft des Personalismus, der Partnerschaft und der Mitwirkung die Entwicklung in die Zukunft prägen wird.

II. UNSERE GRUNDSÄTZLICHEN IDEEN

1. Wir Christdemokraten haben in der Welt von heute die Aufgabe, eine Gesellschaft freier und solidarischer Menschen und Völker zu gestalten. Um dieses Ziel zu erreichen, orientieren wir uns an den geistigen und ethischen Werten des Christentums, das insbesondere unser Bild vom Menschen und der Gesellschaft bestimmt.

Wir sind dabei überzeugt, daß die Gestaltung einer neuen Gemeinschaft der Völker im Zusammenwirken mit anderen religiös — weltanschaulichen, kulturellen, politischen und sozialen Kräften geschehen muß, die wie wir bereit sind, für Freiheit, Gerechtigkeit und internationale Solidarität zu kämpfen. Wir sind offen für einen ständigen Dialog mit diesen Kräften auf regionaler und weltweiter Ebene.

2. Von diesem Ideal beseelt, wollen wir den Lauf der Geschichte hinlenken auf eine freie und gerechte Gemeinschaft, die sich auf die Mitverantwortung und Mitwirkung jedes einzelnen gründet — auf die Achtung der Menschenrechte — den gesellschaftlichen Pluralismus — Gleichheit der Chancen — aktive Solidarität und eine weltoffene Geisteshaltung.

3. Wir streben eine Demokratie an, die im Bewußtsein einer natürlichen sozialen Konfliktsituation in der Gesellschaft es vermag, aufkommende Spannungen zu erkennen und zu überwinden, indem sie Strukturen der Mitwirkung schafft, die diese Spannungen ausgleichen und auflösen im Sinne des höheren Guts des Allgemeinwohls.

4. Die Mitwirkung aller bedingt eine ständige Bereitschaft zur Weiterentwicklung der Strukturen : eine soziale, wirtschaftliche und politische Demokratie, die es gilt stets anzupassen und weiterzuentwickeln, die stets offen ist, so daß sie die höchsten Formen der Solidarität erreichen und gleichzeitig die positiven Werte der Tradition bewahren kann.

5. Als Volksparteien und Volksbewegungen streben wir die Verwirklichung einer echten und pluralistischen Demokratie an, geschaffen durch das Volk für das Volk, in der Achtung vor seinen Wertvorstellungen und vor den Erwartungen für seine Zukunft.

III. AUF DEM WEG ZU EINER GESELLSCHAFT DER PARTNERSCHAFT

Der Mensch strebt nach einer Gesellschaft der Partnerschaft, in der er seine ethischen und kulturellen Wertvorstellungen für die Gestaltung eines Lebens in der Gemeinschaft verwirklichen kann ; er ist dabei bereit, die Gründe ihrer Konflikte und Spannungen in Rechnung zu stellen und ihre Lösung mit dem Mittel eines demokratischen Dialogs zu suchen.

Diese Gesellschaft unterscheidet sich deutlich von anderen Systemen, die den Menschen dem Vorrang der Wirtschaft unterordnen und die ungerechte gesellschaftliche Beziehungen schaffen.

A. Demokratie und Gemeinschaft

1. Wir sind überzeugt, daß eine wirkliche, partnerschaftliche Gesellschaft nicht gestaltet werden kann ohne Demokratie, und daß eine wirkliche Demokratie nur dann aufgebaut werden kann, wenn sie vom Ziel einer partnerschaftlichen Gesellschaft geleitet ist. In der Tat, allein die Erfahrungen eines demokratischen Lebens schaffen die besten Voraussetzungen für einen „Konsensus“ (grundsätzliche Übereinstimmung über Grundwerte und Grundrechte), unter voller Achtung des gesellschaftlichen Pluralismus und im Bestreben, die kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rechte des Menschen auszubauen und zu sichern.

2. Das leistungsfähige System der Demokratie erfordert :

- die Mitwirkung aller, insbesondere innerhalb der politischen Parteien, der Gewerkschaften, der von der Bevölkerung getragenen Organisationen und anderer Vereinigungen (Zwischenglieder zwischen dem einzelnen und dem Staat) auf allen Ebenen politischer, wirtschaftlicher und sozialer Entscheidungen,
- allgemeine, freie und geheime Wahlen,
- politischen Pluralismus,
- ein Parlament,
- einen Rechtsstaat mit sozialer Berufung, der die Glaubensfreiheit schützt,
- eine Dezentralisierung der staatlichen Befugnisse auf die verschiedenen politischen Ebenen,
- die Trennung und die Zusammenarbeit der Träger der Staatsgewalt,
- die Freiheit der Information und den freien Zugang zu ihr,

— die Abschaffung politischer Diskriminierungen und gesellschaftlicher Ungerechtigkeiten.

3. Die Demokratie ist ein dynamischer Prozeß. Sie ist die ständige Suche nach einer grundsätzlichen Übereinstimmung über ihren Inhalt und über ihre jeweiligen Ausdrucksformen sowie ihre Entwicklungsphasen, um immer stärkere partnerschaftliche Beziehungen zu erreichen.

Das Vorhandensein einer echten und unabhängigen Opposition gewährleistet die Möglichkeit einer demokratischen Dialektik. Wir verurteilen deswegen energisch Modelle von Einheitsparteien, die die politischen Freiheiten mißachten und die „etablierte Unordnung“, sowie jede Art Karikatur der Demokratie aufrechterhalten.

4. Heute werden die Menschenrechte immer wieder verletzt. Die totalitären Regime; gleichgültig welcher Richtung, üben psychologische und politische Manipulation aus, wenden Methoden der Unterdrückung, ja sogar systematisch der Folterungen an, verfolgen die Religion, verleumden die Gegner, mißachten die Forderungen der Arbeiter, pflegen Rassenvorurteile, verletzen die Privatsphäre der Bürger, verführen die Jugend, verweigern allgemeine, freie und geheime Wahlen oder mißachten ihre Resultate.

5. Die Anwendung von Methoden und Mitteln, die sich auf die Organisation und Aktion der Bevölkerung gründen, ist ein unverwechselbares Kennzeichen christlich-demokratischer Politik. Wir verurteilen ausdrücklich den Terrorismus und die Guerilla-Strategie, die von kleinen Gruppen am Rande der großen Mehrheiten der Völker angewandt werden; denn diese Methoden führen zu wachsender innerer Unterdrückung, die den herrschenden Gruppen zugute kommt und den Prozeß des Wandels der Strukturen bremst.

Die Stärkung der Demokratie und die Gestaltung einer neuen Gesellschaft, wie wir es vorschlagen, können nur in dem Maße Fortschritte machen, in dem der Prozeß sich stützen kann auf eine breite Mitwirkung des Volkes, die innerhalb politischer, gewerkschaftlicher und gesellschaftlicher Organisationen mit repräsentativem Charakter ihren Ausdruck findet und mobilisiert wird.

6. Wir werden uns einsetzen für die Schaffung eines „Rates für die Verteidigung der Menschenrechte“ im Rahmen der Vereinten Nationen, der mit voller Kompetenz Untersuchungen durchführen, Empfehlungen an die Regierungen richten und der Generalversammlung Richtlinien unterbreiten kann, um diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die die Menschenrechte verletzen. Wir werden die Ratifizierung und Anwendung der Konvention

über die Menschenrechte in allen Staaten betreiben.

B. Die Kultur - eine Verpflichtung im Namen der Menschheit für die Freiheit

1. Wir Christlichen Demokraten erstreben die volle Entfaltung des einzelnen Menschen und der Menschheit. In dieser Sicht bekräftigen wir das Recht auf Mitgestaltung des kulturellen Lebens und wir setzen uns nachhaltig für eine Politik ein, die die besten Voraussetzungen für seine Verwirklichung schafft.

2. Zur Verwirklichung dieses Rechts auf Mitgestaltung des kulturellen Lebens muß zuerst das Recht jeder Person, jeder kulturellen oder sozialen Gruppe und jedes Volkes gewährleistet sein, die eigenen Wertvorstellungen und Geisteshaltungen frei auszudrücken, die aus der Tradition erwachsen sind oder aus neuen historischen Situationen hervorgehen. Allen Menschen muß der Zugang zur Mitgestaltung des kulturellen Lebens möglich sein; denn schließlich ist es unser Ziel, eine Gemeinschaft zu gestalten, die auf der Grundlage gemeinsamer Wertvorstellungen kulturellen Pluralismus, den Dialog und die Mitwirkung der Menschen gewährleistet.

3. Unsere Kulturpolitik ist eine Antwort auf die tiefe ethische und kulturelle Krise, die unsere Gesellschaft erschüttert und sie in kulturelle Einzelgruppen ohne Zusammenhang zergliedert. Die Phänomene von oft unmotivierten Gewaltausbrüchen, von Formen der Vermassung, von Flucht aus der Gesellschaft demonstrieren eine tiefe Entfremdung des Menschen. Unsere Vision ist die verstärkte Erneuerung der fundamentalen Wertvorstellungen für die Existenz und die Verständigung der Menschen.

4. Das Recht auf Bildung und auf Mitwirkung am Bildungswesen gehört zu den Grundrechten des Menschen. Es darf unter keinen Umständen geschmälert werden. Zur Gewährleistung voller Teilnahme an den Bildungsmöglichkeiten und zur Überwindung der großen kulturellen Unausgeglichenheit muß der Staat den Bildungseinrichtungen Priorität einräumen und allen die gleichen Möglichkeiten zur Entwicklung ihrer Eignungen und Fähigkeiten anbieten, damit jedermann sich in seinem eigenen und im Interesse der Gemeinschaft entfalten kann. In dieser Hinsicht steht vor allem der Familie das Recht und die Pflicht zu, die Erziehung der eigenen Kinder zu lenken.

5. Der freie Zugang zur Information, die Meinungsfreiheit und die Pressefreiheit müssen garantiert sein. Die öffentlichen Kommunikationseinrichtungen müssen im Dienste einer pluralistischen und partnerschaftlichen Gesellschaft stehen, der das Recht zusteht,

diese mit Hilfe angemessener Mechanismen zu kontrollieren, um die Objektivität der Information zu gewährleisten. Die Bürger müssen das Recht haben, ihre unterschiedlichen Meinungen mittels der Massenmedien zum Ausdruck bringen zu können.

6. Im Bewußtsein ihrer Verantwortung für die fortschreitende moralische und kulturelle Entwicklung der Gesellschaft sollten die „Vertreter des geistigen Lebens“ der Versuchung widerstehen, sich von der Gemeinschaft abzusondern; die Vertreter der Wissenschaft sollten den Menschen helfen, sich vor den Mechanismen einer Entpersönlichung, vor dem Mißbrauch der Wissenschaft und der Technik zu schützen.

7. Eine große Verantwortung für die Gestaltung einer partnerschaftlichen Gesellschaft kommt gerade den nachwachsenden Generationen zu. Eine breitere geistige und kulturelle Mitwirkung der Jugend für eine umfassende partnerschaftliche Entwicklung bietet ihr neue Möglichkeiten, kann eine Antwort auf die gegenwärtigen Probleme geben und die Jugend ermutigen, sich zu engagieren für die wesentlichen Zukunftserwartungen ihrer Völker.

8. Wir bekräftigen die grundsätzliche Gleichheit zwischen Mann und Frau, eine Gleichheit, die auch für den Bereich des kulturellen Lebens gilt. Sie sollen im Familienleben und in der Gesellschaft voll ihre Aufgabe erfüllen können.

C. Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen

1. Für uns Christdemokraten ist die wirtschaftliche und die soziale Entwicklung eine einzige, untrennbare Sache. Eine partnerschaftliche Wirtschaft beruht auf dem Grundwert der Arbeit in Verbindung mit den anderen Faktoren der Wirtschaft. Aus diesem Grund muß man dem Prozeß des wirtschaftlichen Wachstums neue Ziele setzen, wobei die Ausrichtung der Produktion und des Konsums die Entwicklung der Gesellschaft berücksichtigen muß.

2. Mit unserer Konzeption bestätigen wir den Vorrang der menschlichen Person. Das Interesse der Gemeinschaft und nicht das des einzelnen Unternehmens oder des einzelnen Individuums muß letzten Endes die Wirtschafts- und Sozialpolitik ausrichten.

Eine partnerschaftliche Wirtschaft berücksichtigt öffentliche, private und gemischte Unternehmen, sowie Unternehmen, bei denen es verschiedene Formen der Beteiligung geben kann: Beteiligung (der Arbeitnehmer an der Führung und am Ertrag), Alleinverantwortung (privat) und genossenschaftliche Formen.

Wir setzen uns ein für die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Führung und an den wirtschaftlich-finanziellen Erträgen der Unternehmen.

3. In den Unternehmen und auf dem Sektor der Dienstleistungen haben alle Mitwirkenden - Unternehmer, Fachkräfte, Arbeiter, Partner oder Aktionäre - ein Recht auf Information und Unterrichtung sowie auf Beteiligung an den Entscheidungen und an den Erträgen.

4. Viele Unternehmen mit Monopolcharakter und auch multinationale Unternehmen begünstigen gewisse Formen der Machtzusammenballung. Es ist in die Hand einer partnerschaftlichen Gesellschaft gelegt, den Mißbrauch dieser Macht zu verhindern und Kontrollmechanismen hierfür vorzusehen.

5. In vielen Ländern ist die Agrarreform eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Gestaltung einer neuen Gesellschaft; diese Reform umfaßt ebenso den wirtschaftlichen wie den gesellschaftlichen Aspekt.

6. Im Interesse der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Komponente des Eigentums sollten die Anteile des öffentlichen, des privaten und des gemischten Sektors der Wirtschaft flexibel sein. Es ist von Bedeutung, daß der öffentliche Sektor den größeren Teil der kollektiven Dienstleistungen übernimmt und eine richtungsweisende Rolle spielt für den strategischen Sektor der Industrie, der Rohstoffe, der Energie und des Kreditwesens.

Die Steuerpolitik muß ausgerichtet sein auf die Zielsetzungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und eine gerechte Aufteilung der steuerlichen Lasten gewährleisten, die Unternehmen und Bürger zu tragen haben.

7. Der Aufbau und die Entwicklung einer partnerschaftlichen Gesellschaft stützen sich auf ein Programm, das auf demokratische Weise mit den verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Gruppen abgestimmt ist, in letzter Instanz der Verantwortung der Regierung unterliegt und mit dem Allgemeinwohl in Übereinstimmung steht.

8. Der Prozeß der Industrialisierung, insbesondere in den Ländern der Dritten Welt, erfordert eine Entwicklungspolitik, die ein ökologisches Gleichgewicht gewährleistet, die Unterschiedlichkeiten der Regionen berücksichtigt, ein besseres Gleichgewicht zwischen individuellem Verbrauch und kollektiver Versorgung gewährt und die Qualität des Lebens für den Menschen verbessert.

IV. FÜR EINE ECHTE VÖLKERGEMEINSCHAFT

A. Friede und Solidarität

1. Wir befinden uns in einer internationalen Lage, die gekennzeichnet ist durch die Vorherrschaft der Supermächte, durch die Abhängigkeit der Völker der Dritten Welt und durch internationale Beziehungen, die durch Macht bestimmt sind.

2. Wir setzen uns zum Ziel, eine gerechte und integrierte Gemeinschaft zu schaffen, die die Völker als Vorkämpfer versteht für einen wahrhaften und dauerhaften Frieden, der gegründet ist auf den Grundsätzen der Freiheit, der internationalen sozialen Gerechtigkeit, der Selbstbestimmung und der vollen Achtung der Rechte des Menschen und der Gemeinschaften.

Von unserer christlichen Grundauffassung des Universalismus und der Solidarität inspiriert kämpfen wir für dieses Ziel in der Erwartung, daß die mächtigen und die reichen Nationen sich engagieren für die Verwirklichung einer internationalen sozialen Gerechtigkeit, und daß die Länder der Dritten Welt Übereinstimmung finden für die Vertretung ihrer gerechten Forderungen.

3. Die Gefahr eines nuklearen Konfliktes sollte durch eine neue Perspektive der Entspannung ausgeschaltet werden. Sie muß zu konsequenteren Bedingungen für den freien Austausch von Personen, Informationen und Meinungen führen, um eine bessere Verständigung zwischen den Völkern zu begünstigen, wie es in den Grundsatzserklärungen von Helsinki steht. Jedenfalls, die Gefahren neuer Spannungen zwischen den Großmächten und lokaler Konflikte haben sich nicht vermindert und das Wettrüsten ist nicht gebremst.

Die anderen Länder und besonders die der Dritten Welt haben weiterhin die schweren Folgen dieser Konzentration der politisch-militärischen Macht und die gegenwärtige Konzeption des internationalen Systems einer „Stabilität“ zu tragen. Unter Berufung auf diese Situation entstehen oder verstärken sich - oft mit Unterstützung von außen - totalitäre Regime oder Diktaturen, von denen einige auf regionaler Ebene eine Vormachtstellung ausüben. Die Zunahme der Diktaturen im Laufe der letzten Jahre in der Dritten Welt und besonders in Lateinamerika ist ein Beweis dieser neuen Form der Aggression gegen die Völker.

4. Wir stellen eine tendenziellpositive Entwicklung in Richtung eines multipolaren Weltsystems fest, das in zunehmendem Maße das bipolare System USA-UdSSR beeinflusst. In diesem Zusammenhang ist auf den Prozeß der politischen Einigung Europas hinzuweisen, der vertieft und erweitert werden muß, die Verstärkung der europäischen Identität verfolgt und wesentlich ist für die Förderung eines neuen Pluralismus und eine wachsende organische Struktur der Beziehungen der industrialisierten Länder - und besonders Europa selbst - mit den Völkern der Dritten Welt, und zwar durch Mechanismen wie in der Konvention von Lomé.

Die Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern, vor allem zwischen den Hochstofferzeugerländern, kann zur Lösung

bestimmter Probleme beitragen, wie es in einem gewissen Maße das Beispiel der OPEC zeigt.

5. Wir treten für ein besseres Gleichgewicht der wirtschaftlichen und politischen Macht in der Welt ein, und wir betonen die Notwendigkeit, die Vereinten Nationen zu stärken als ein Forum weltweiter solidarischer Begegnung. Deshalb sind Initiativen notwendig zur Stärkung der moralischen und institutionellen Autorität der Vereinten Nationen, damit sie ihre verantwortungsvolle Aufgabe erfüllen können im Dienste des Friedens und der Zusammenarbeit zwischen den Völkern.

In dieser Hinsicht ist die aktive Mitwirkung von nicht-regierungsabhängigen Organisationen bei den Vereinten Nationen notwendig.

6. Wir bekräftigen den Grundsatz der friedlichen Lösung von Konflikten und fordern eine schrittweise, kontrollierte und ausgewogene Abrüstung als eine der fundamentalen Voraussetzungen für die Sicherung des Friedens zwischen den Völkern. Wir verurteilen die Aufrüstung und den Waffenhandel, insbesondere in Konfliktzonen, und wir sind bereit, zum ehrlichen Fortschritt beizutragen in der Denuklearisierung der Atommächte, um den nuklearen Terrorismus zu vermeiden.

B. Eine neue internationale Weltwirtschaftsordnung

1. In der Welt von heute leiden fast zwei Drittel der Menschheit große Not aufgrund der ungerechten Verteilung der Reichtümer oder der mangelnden Möglichkeiten, sie zu nutzen. Diese Unausgeglichenheiten drücken sich in den betroffenen Ländern unterschiedlich aus und sind in den Entwicklungsländern ausgeprägter, in denen die vorhandenen Reichtümer in den Händen einer Minderheit konzentriert sind. Mehr noch, die Lage ist oft erschwert durch das außerordentliche Wachstum der Bevölkerung.

2. Um die Entwicklung in Richtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung zu begünstigen, müssen die industrialisierten Länder und die Entwicklungsländer einen neuen konstruktiven Dialog im Geiste der Solidarität einrichten, mit dem Ziel, eine fruchtbare und dauerhafte Zusammenarbeit zu sichern.

Dies erfordert im Sinne einer internationalen sozialen Gerechtigkeit von den Industrieländern die Bereitschaft, Opfer zu bringen und auf einen Teil ihres nationalen Reichtums zu verzichten; von den Entwicklungsländern die Bereitschaft, gemeinsam vernünftige Lösungen zu finden.

In diesem Zusammenhang spielen die multinationalen Unternehmen eine besondere Rolle, die von zuständigen internationalen Autoritäten auf der Grundlage eines internationalen

Kodex für Verhaltensregeln überwacht werden sollten.

Im Rahmen der Zusammenarbeit sollten die bilateralen Beziehungen in die Aktionen internationaler Organismen integriert werden, deren Mitwirkung die Risiken der Abhängigkeit vermindert.

3. Die regionale Integration ist ein erstrangiges wirtschaftliches und soziales Ziel, das wir Christdemokraten immer betont und unterstützt haben. Die Europäische Gemeinschaft und der Andenpakt sind Beispiele hierfür. Die Schaffung größerer Märkte und die stärkere Betonung der gemeinsamen kulturellen und sozialen Wertvorstellungen müssen auf dynamische Weise zu einer fortschreitenden Integration führen, die besonders in der Dritten Welt die völlige Befreiung der Völker gewährleistet.

4. Die gemeinsamen Hilfsquellen unseres Planeten, des Weltraums, des Meeres und des Meeresbodens sollen neuen Rechtsnormen unterworfen werden, die deren Nutzung zum Vorteil der ganzen Menschheit sicherstellen.

5. Angesichts der Probleme infolge der starken Bevölkerungszunahme ist es angebracht, humane, moralische und gerechte Formen einer verantwortungsbewußten, regulierenden Bevölkerungspolitik zu entwickeln, die jede Form einer auferlegten Planung verwirft und die volle Achtung des menschlichen Wesens garantiert. Die Anwendung umfassender Entwicklungsprogramme, die das Erziehungswesen, das Sozialwesen und die Wirtschaft einschließen, ist unverzichtbar für eine Lösung dieses Problems.

UNSER APPELL

Wir Christdemokraten rufen heute alle Menschen und alle Völker auf, sich in diesem wichtigen Augenblick der Geschichte der Menschheit ihrer Verantwortung bewußt zu sein! Wir können nicht ausweichen angesichts einer Wahl:

- zwischen Frieden und Gewalt;
- zwischen Freiheit und Unterdrückung;
- zwischen Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit;
- zwischen der Solidarität mit den Unterdrückten und dem Egoismus des Reichtums und der Macht;
- zwischen Hoffnung und Verzweiflung;
- zwischen den geistig-ethischen Werten und dem Materialismus.

Die neue Ära ist geprägt von der gegenseitigen Abhängigkeit der großen Probleme und aller Völker der Welt.

Die Zukunft des Menschen und der Völker steht auf dem Spiel. Angesichts dieser Herausforderung kann der Mensch sich nicht der

Notwendigkeit entziehen, seine Wahl zu treffen. Wir Christdemokraten haben unsere Wahl getroffen!

Wir sind überzeugt, daß unsere grundlegende Konzeption und unsere Wegweisung eine Alternative bieten, den Boden bereiten und Perspektiven öffnen für eine Welt mit mehr Gerechtigkeit, mehr Solidarität und mehr Menschlichkeit.

Zu diesem Zweck richten wir unseren Aufruf zum engagierten Mitmachen an alle Männer, Frauen und besonders an alle Jugendlichen und Arbeiter, die an die Grundwerte der menschlichen Person glauben, eine breite Bewegung in der Welt zu entfachen, die imstande ist, eine neue Gesellschaft zu gestalten.